

N i e d e r s c h r i f t

der 36. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Halle (Saale) am 19.02.2003 – *ö f f e n t l i c h*

Ort: Stadthaus, Wappensaal

Zeit: 16.10 Uhr bis 17.05 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerliste im Anhang

Die 36. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von

der Vorsitzende des Hauptausschusses, Frau Oberbürgermeisterin Ingrid **H ä u ß l e r**.
Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Die Mitglieder des Hauptausschusses bestätigten ohne förmliche Abstimmung folgende

T a g e s o r d n u n g:

- 1 Genehmigung der Niederschrift der 35. Sitzung des Hauptausschusses am 22. Januar 2003 (öffentlicher Teil)**
- 2 Städtepartnerschaften der Stadt Halle (Saale)**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02953
- 3 Anfragen von Stadträten**
- 4 Mitteilungen**

Stand der Konsolidierungsmaßnahmen
Vorlagen-Nr.: III/2003/03011

Zu TOP 01 – Genehmigung der Niederschrift

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 35. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 22.01.2003.

Die Mitglieder des Hauptausschusses **genehmigten** ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 35. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 22.01.2003 in der vorliegenden Form.

Zu TOP 02 - Städtepartnerschaften der Stadt Halle (Saale)

Vorlagen-Nr.: III/2002/02953

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** gab Erläuterungen zur Vorlage. Bezüglich der finanziellen Mittel sei vorgesehen, im Jahr 2003 eine Erhöhung auf 18 T€ vorzunehmen (2002: 13,5 T€). Auf den Vorschlag von Herrn Stadtrat Kupke, auf die bestehenden Städtepartnerschaften an den Einganstoren der Stadt hinzuweisen, eingehend, schlage sie vor, nach Verabschiedung der Vorlage im Stadtrat dies für das Jahr 2004 einzuplanen. Auch unterstütze sie die Bestrebungen in der Stadt, für alle Partnerschaften einen Dachverein zu bilden.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, fragte, ob auf der letzten Saale-Messe, bei der die Stadt Oulu durch ihr Fremdenverkehrsamt vertreten gewesen sei, die Stadtverwaltung die Möglichkeit zur Kontaktpflege genutzt habe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, in diesem Zeitraum habe auch eine Wirtschaftsdelegation aus Oulu Halle besucht und sei von ihr empfangen und sei vom Bereich Wirtschaftsförderung weiter betreut worden.

Herr **Stemme**, UB-Fraktion, meinte, er hätte sich in der Anlage 2 anstelle der Ortsbeschreibungen lieber eine Bewertung der einzelnen Beziehungen mit einer anschließenden Zielstellung für die kommende Zeit gewünscht. Damit würde sich auch die Erhöhung des Etats besser begründen lassen. Bei Anlage 3 sei festzustellen, dass die Angaben nicht immer präzise dokumentiert worden seien (z.B. anlässlich des zehnjährigen Jahrestages der Deutschen Einheit habe nicht nur die Oberbürgermeisterin in Karlsruhe geweiht, sondern auch die Fraktionsvorsitzenden).

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** nahm die Hinweise zur Kenntnis. Sie wies darauf hin, dass eine Neuausrichtung der Beziehungen darauf ausgerichtet sei, die Beziehungen zu den Partnerstädten insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet zu intensivieren.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, regte an, bei der Suche nach einer amerikanischen Partnerstadt eine Stadt zu wählen, die mit chemischer Industrie zu tun habe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** schlug vor, diese Aspekte einmal im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften zu diskutieren.

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, hielt diesen Vorschlag bezüglich Chemie für zu einseitig. Man sollte sich nicht auf einen Chemiestandort beschränken, sondern besser eine Stadt suchen, die durch einen tiefgreifenden Strukturwandel geprägt sei.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, erinnerte an die Anbringung von Informationen zu den Partnerstädten an den Ortseingängen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: bei 1 Enthaltung einstimmig z u g e s t i m m t

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat zu beschließen:

- 1. Der Stadtrat beschließt, die bestehenden Verträge mit den Partner- und Freundschaftsstädten aufrechtzuerhalten.**
 - 2. Der Stadtrat nimmt die in der Anlage 3 aufgelisteten Aktivitäten zwischen der Stadt Halle (Saale) und den Partner- und Freundschaftsstädten zur Kenntnis.**
 - 3. Der Stadtrat begrüßt die Bemühungen der Stadtverwaltung um den Aufbau einer Partnerschaft zu einer Stadt in den USA.**
-

Zu TOP 3 - Anfragen von Stadträten

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, fragte, wann die Graffitischmierereien am Ratshof beseitigt würden.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt, antwortete, ein entsprechender Auftrag sei ausgelöst worden.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, ging auf eine diesbezügliche Anfrage an den kommenden Stadtrat ein, dass BMW einen Brief geschrieben haben solle, der vor investivem Engagement gewarnt habe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, ihr liege ein solches Schreiben nicht vor.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 4 - Mitteilungen

Schriftlich lag vor: **Stand der Konsolidierungsmaßnahmen** - Vorlagen-Nr.: III/2003/02999

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** stellte den neuesten Statusbericht zur Diskussion.

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, meinte, ihm sei aufgefallen, dass insbesondere im Kulturbereich Verzug bei entsprechenden Maßnahmen entstanden sei. Dazu hätte er gern Erläuterungen.

Herr **Mutter**, Reformbeauftragter der Stadt, ging auf einzelne Maßnahmen (Orchesterzusammenführung) in diesem Bereich ein, die durch Herrn Dr. Marquardt bekannt gemacht worden seien.

Herr **Weiland** warf ein, ihm gehe es nicht um Einzelmaßnahmen, sondern um die Umsetzung des Konsolidierungskonzeptes. Da sei für den Kulturbereich die Umstrukturierung des Musikbereichs benannt und die Vorlage eines entsprechenden Konzeptes bis 01/03 angekündigt worden. Dieses Konzept liege nicht vor. Er möchte wissen, wie die Verwaltung es sehe, wie konkret das Konsolidierungskonzept in diesem Bereich nun umgesetzt werden könne, wenn die vorgesehenen Maßnahmen nicht eingehalten werden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** verwies auf eine Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Minister, die sich vorgenommen hatte, bis Ende Januar 2003 ein neue Orchesterkonzeption auf gemeinsamer Plattform vorzulegen. Aus dieser Arbeitsgruppe sei ein solches Konzept nicht hervorgegangen. Nach neuerlicher Beratung dieser Gruppe, an der sie teilgenommen habe, habe man sich auf Termine verständigt, wie es zu Erarbeitung dieses Konzeptes kommen müsse. Zielstellung sei, das Konzept im ersten Halbjahr 2003 auf dem Tisch zu haben und es spätestens im August dem Stadtrat vorzulegen. Möglich sei, im März dazu einen Grundsatzbeschluss zu fassen.

Frau **Dr. Wünscher**, CDU-Fraktion, erklärte, es falle im Geschäftsbereich IV auf, dass die Differenz zwischen den Ist-Daten und den zu erreichenden Eckpunkten am größten sei. Angesichts der Kürze der verbleibenden Zeit sei sie in Sorge darum, dass die Stadt dann möglicherweise Entscheidungen treffen müsse, die aus der Not heraus geboren seien und nichts mit der Kultursituation in der Stadt zu tun hätten. Als Beispiel nenne sie, dass es in einem Jahr nicht einmal gelungen sei, den Kartenverkauf der Kultureinrichtungen zu zentralisieren. Ein weiterer Punkt: Es werde erwartet, dass es durch das ZGM zu einer strukturellen Haushaltskonsolidierung kommen könne, ebenso durch das Personaltransformierungskonzept. Aus den jetzigen Positionen im Haushalt könne sie nicht erkennen, dass z.B. das ZGM die erhofften Einsparungen bringen werde. Seien das nur Anfangsschwierigkeiten, die das ungünstig aussehen lassen? Wie weit sei der Personalabbau vorangekommen?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** verwies darauf, dass die Maßnahmen im Bereich IV überwiegend freiwillige Aufgaben betreffen, die in relativ großen Einrichtungen umzusetzen sein. Das sei dort schwieriger als Entscheidungen innerhalb der Stadtverwaltung selbst zu treffen. Das augenblicklich Vorliegende sei natürlich nicht befriedigend; deshalb werde jetzt auch eingegriffen und festgelegt, wie verfahren werden soll.

Zum ZGM: Hier benötige es Zeit, um die Arbeit des gesamten Bereiches neu zu strukturieren, um dann die Einsparpotentiale darstellen zu können. Z. B. sei es notwendig, dass das Schulentwicklungskonzept vorliege.

Herr **Funke**, Beigeordneter Zentraler Service, äußerte sich zum Personalbedarf. Man komme nur dann weiter, wenn Organisationsuntersuchungen und Fachkonzepte vorlägen. Flankierend dazu würden die personalwirtschaftlichen Modelle angeboten; die nächsten beiden würden in der kommenden Ratstagung vorgestellt. Damit erhoffe man sich einen erheblichen Personalabbau, was jedoch nach dem Zufallsprinzip erfolgen werde und es müsse organisatorisch dafür gesorgt werden, dass die Kernaufgaben der Verwaltung dennoch erfüllt werden.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, erklärte zum Kulturbereich, seine Fraktion sei ungehalten über die Verfahrensweise, die Herr Dr. Marquardt an den Tag lege. Wenn man ein Konsolidierungspapier erarbeiten wolle, könne man nicht so vorgehen, sich mit anderen an den Tisch zu setzen, um zu erfahren, wo eingespart wird; als Beigeordneter müsse man für seinen Bereich ein Konzept erstellen, um es dann mit den beteiligten Partnern zu diskutieren. Die Oberbürgermeisterin sollte den entsprechenden Druck ausüben, damit in diesem Bereich exakt und ordentlich gearbeitet werde.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** versicherte, ihr stärkstes Augenmerk sei auf diesen Bereich gerichtet und es werde dort vorangehen.

Herr **Stemme**, UB-Fraktion, stellte fest, er kenne die Worte der Oberbürgermeisterin, dass man schnellstens Konzepte erarbeiten, Schwerpunkte suchen müsse usw.; diese seien bereits bei Verabschiedung des Haushaltes 2002 formuliert worden. Auch im Bereich III sei er darauf gestoßen, dass schon wieder Zeitverzug da sei, keine Fachkonzepte vorlägen. Er habe keine Garantie, dass die Konsolidierung so, wie gewollt, vorgehe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erwiderte, vieles von dem Gesagten sei berechtigt. Sie verstehe diese Position; die Verwaltung sei selbst nicht zufrieden mit dem Prozess.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt, ergänzte, sich auf die Diskussion im Innenausschuss beziehend, er habe dort geäußert, dass gegenwärtig Organisationsuntersuchungen durchgeführt werden, die für die Fachkonzepte die Grundlage bilden. Man könne nicht dem Ergebnis einer Organisationsuntersuchung vorgreifen, indem man schon Zahlen zur Personalreduzierung nenne.

Frau **Krischok**, PDS-Fraktion, fragte zu folgenden Sachverhalten:

- ZGM – Terminstellung 05.02. (Statusbericht, Seite 4) Was sei passiert?
- Gäbe es seitens der Verwaltung Vorschläge zur Reduzierung der Ausschüsse (Seite 5)?
- Verwaltungsgebührenordnung, was sei darunter zu verstehen?
- Geschäftsbereich III, Bürgerservicestellen (Seite 23) – welche Stelle soll wegfallen?
- VHS (Seite 23), da 50, 4 T€ weniger vom Land, Idee der Verwaltung ?

Herr **Mutter** antwortete zu ZGM: Zum genannten Termin habe ein Gespräch stattgefunden, bei dem es darum gegangen sei, Einsparungspotentiale zu benennen. Eine konkrete Untersetzung habe noch nicht gemacht werden können. Er gehe davon aus, Risiken in entsprechender Größenordnung einzuplanen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, in der Verwaltung liege ein Entwurf für eine künftige Ausschussgestaltung vor, die nach Diskussion in der Beigeordnetenkonferenz, dem Hauptausschuss vorgelegt werde.

Herr **Funke** sprach die Verwaltungsgebührensatzung an. Dabei gehe es um eine Überprüfung anhand der gesetzlichen Lage, um die Gebührengößen weiter auszuschöpfen bzw. anzupassen.

Herr **Doege** antwortete zur Thematik Bürgerservicestelle: Es handle sich um eine Mitarbeiterstelle innerhalb des Fachbereichs Bürgerservice.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** meinte zum Stichwort Volkshochschule, die Verwaltung müsse sich Gedanken machen, wie man nach der Reduzierung des Landeszuschusses verfahren wolle.

Frau **Dr. Wünscher** bezog sich auf die Einsparungen, die die HAVAG erreichen wolle, laut Gutachten der HAVAG 10 Mio Euro – im Berger-Gutachten sei von mehr als 17 Mio Euro ausgegangen worden. Könne man das Gutachten zur Kenntnis haben?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, die Befürchtung, dass die Einsparung bei der HAVAG zu gering sei, treffe nicht zu. Im Prinzip sei der Gutachter der HAVAG zu ähnlichen Einsparungsgrößenordnungen gekommen wie Berger, nur sei da der gesamte Tarifspielraum ausgeschöpft worden, der im privat-rechtlichen Bereich gezahlt werde. Ob dieser Spielraum ausgeschöpft werden soll, dazu müsse sich der Stadtrat positionieren. Diese Fragen sollte in den Fraktionen diskutiert werden. Die Verwaltung biete an, mit dem Gutachten dazuzukommen.

Herr **Sänger** bestätigte, dass der Stadtrat sich zu diesen Fragen eine Meinung bilden sollte.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte zu, seitens der Verwaltung eine solche Beratung in den Fraktionen vorzubereiten.

Weitere Fragen zum Haushaltskonsolidierungskonzept gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte zu –

- einer Anfrage zum Verkauf des "Fäuste"-Monuments
- eine Veranstaltung zur Ehrung der freiwilligen Helfer beim Hochwasser am 04.03.2003
- eine Stellungnahme zu Vorgängen um die Machbarkeitsstudie zum Projekt "Phänomene"

Weitere Mitteilungen wurden nicht abgegeben.

Damit wurde die 36. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses beendet.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
und Vorsitzende des Hauptausschusses

Kraft
Protokollführerin

Protokollantin: Panian